Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 20 Pfg., bei lokalen Anzeigen 15 Pfg. und Teuerungszuschlag. Reklamezeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim". (Während der Krieges nicht.) Monatlicher Bezugspreis 1.40 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen, Westfr. 10. Fernspr. Nr. 1.

Nr. 156 — Dienstag, den 8. Juli 1919 — 47. Jahrgang

Die Ratifikation des Friedensvertrages genehmigt.

(TU) **Der Staatenausschuß hat gestern in seiner um 6 Uhr nachmittags abgehaltenen Sitzung der Ratifikation des Friedensvertrages zugestimmt.**

Der „Telegraaf" erfährt aus Paris, daß die Deutschen jetzt zum ersten Male mündlich mit den Alliierten in Versailles verhandeln. Gegenstand der Verhandlungen ist das Rheinabkommen. Da die Deutschen den Rheinvertrag zugleich mit dem Friedensvertrag unterzeichneten, haben sie erklärt, nicht zu verstehen, wie der Rheinvertrag ausgeführt werden müsse. Deshalb baten sie, diese Frage mit den Alliierten mündlich besprechen zu dürfen. Der Rat der fünf Minister des Auswärtigen hat nunmehr beschlossen, diesen Wunsch zu erfüllen.

Die vierte Infanteriedivision läßt bekanntmachen, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages an den Aufgaben des Grenzschutzes nichts ändert. Zunächst gelte es auch weiterhin, alle polnischen Uebergriffe abzuwehren. Die Truppen bleiben solange in ihren Stellungen, bis gemäß den auch zu vereinbarenden Ausführungsbestimmungen zum Friedensvertrag die Räumung des Landes beschlossen wird. Für die Volkswehr gilt das gleiche.

Zur Auslieferung des Kaisers.

Der „Telegraaf" erfährt aus Paris: Der Teil von Lloyd Georges Rede, der sich auf den Prozeß des Exkaisers bezieht, hat in wohlunterrichteten Kreisen Frankreichs, wo die Meinung herrscht, daß nach dem Wortlaut des Friedensvertrages die Versetzung Wilhelm II. in den Anklagezustand ausschließlich eine moralische und politische Bedeutung hat, großes Erstaunen hervorgerufen. Noch größer ist das Erstaunen in Washington amerikanischen Kreisen. Telegramme aus den Vereinigten Staaten deuten an, daß man in den Vereinigten Staaten von einem Abkommen, über das Lloyd George sprach, nichts weiß. Lansing, der sich noch in Paris befindet, erklärte, niemals von einer solchen Bestimmung gehört zu haben, die den Zweck habe, die Auslieferung des Exkaisers zu fordern und ihn in London vor den Richterstuhl zu bringen. Lansing bemerkte weiter, er könne nicht glauben, daß Wilson ein solches Abkommen getroffen haben soll, ohne ihn, Lansing, vorher davon in Kenntnis zu setzen. — Die „Times" erfährt aus Koblenz, daß das Los des Exkaisers den Gegenstand des Tagesgespräches bilde. Die Mehrheit der Bevölkerung sei unzufrieden und finde den Beschluß der Alliierten, den Kaiser vor ein Gericht zu stellen, ruchlos. Das Volk glaube, daß der Kaiser nur zu einem Teil die Verantwortung für den Verlauf der Ereignisse trage. Der Kronprinz dagegen werde mit anderen Augen angesehen und man halte ihn für ohne Verantwortungsgefühl.

Der Nieuwe Rotterdamsche Courant schreibt in einem bemerkenswerten „Um den vorigen deutschen Kaiser" überschriebenen Leitartikel: Von Seiten des Kaisers drohe keinerlei Gefahr. Seine Rolle ist unwiderruflich zu Ende gespielt. Augenblicklich gebe es kein besseres Mittel, um in Deutschland der Reaktion neue Nahrung zu geben, als das Verfahren, auf das man sich in London zuspitze. Das Blatt fährt fort, der Auslieferung dürften keine formellen Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden können, wenn das Kollegium, das den Fall zu untersuchen habe, genügend Bürgschaften für Unparteilichkeit bietet und wenn es dem Kaiser gestattet werde, seine Verantwortlichkeit für den Krieg nicht nur auf Grund dessen festzustellen, was er an Zeugen und Material aus Berlin hervorbringen könne, sondern auch auf Grund dessen, was an französischen, russischen und englischen Zeugen und Dokumenten zur Aufklärung dienen könne und wenn dies alles in aller Oeffentlichkeit geschehe. Augenblicklich sei man aber von der Erfüllung dieser Bedingungen noch weit entfernt. Das Londoner Verfahren könne nichts anderes werden, als ein Schauspiel für die Londoner Plebs, für die Leser der Daily Mail und ähnlicher Blätter, eine billige Darstellung für ein Kinounternehmen, das einen prickelnden Film haben will. Die erste Bedingung eines Verfahrens gegen den Kaiser sei, daß die Richter, die dazu vonnöten ist. — Der parlamentarische Mitarbeiter der Daily News schreibt: Der Kaiser wird der Verletzung der Verträge, die die Neutralität Belgiens und Luxemburgs verletzten, beschuldigt werden. Es besteht nicht die Absicht, ihm die Verletzung der für die Kriegsführung zu Wasser und zu Lande geltenden Gesetze zur Last zu legen; dafür werden andere Personen verantwortlich gemacht. In den Kreisen der Alliierten in Paris ist man dafür, daß der Kaiser nach einem Ort verbannt wird, wo er sich in sicherem Gewahrsam befindet.

Reuter meldet aus London, daß Bonar Law im englischen Unterhause in Erwiderung einer Anfrage erklärte, bisher hätten die alliierten Regierungen in der Frage der Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers noch keine formalen Vorstellungen bei der holländischen Regierung erhoben. Die notwendigen Schritte in dieser Frage würden jedoch unternommen. Dalziel fragte, ob irgendwelche unoffizielle Mitteilungen gemacht worden sind. Bonar Law erwiderte: Darüber möchte ich mich lieber nicht äußern. Murray fragte, ob Bonar Law wisse, daß eigentlich niemand besonders wünsche, daß der vormalige Kaiser nach England gebracht wird. Diese Anfrage erzeugte Beifall. Bonar Law antwortete nicht auf die Frage.

Auf der Liste der Auszuliefernden.

Einzelne französische Blätter, wie Patrie, Journal des Debats veröffentlichen die Liste der Deutschen, deren Auslieferung die Alliierten wegen Vergehen gegen die Kriegsgesetze und das Völkerrecht verlangen werden. Es werden genannt: Kronprinz Ruprecht von Bayern (Deportationen in Nordfrankreich), von Mackensen (Brandstiftung, Diebstahl, Hinrichtungen in Rumänien), General von Bülow (Niederbrennung von Andenne, Füsilierung Gefangener), Baron von der Lancken (Gavelt-Affäre), Admiral von Capelle (Unterseebootskrieg), Leutnant Werner, die Kommandanten Valentiner und Forstner (Versenkung von Hospitalschiffen), v. Manteuffel (Niederbrennung von Löwen), Major v. Bülow (Zerstörung von Aerschot, Hinrichtung von 150 Gefangenen).

Nach einer Tempsmeldung soll auch die Auslieferung Hindenburgs und Ludendorffs wegen der Zerstörungen beim Rückzuge, für die auch noch 17 Milliarden Schadenersatz gefordert werden, verlangt sein. Eine andere Meldung will dagegen wissen, an eine Forderung auf Auslieferung Hindenburgs werde nicht gedacht.

Weltprotest gegen die Vergewaltigung Deutschlands.

Die italienische sozialistische Partei erläßt ein Manifest, das im Einverständnis mit den englischen und französischen Sozialisten für den 20. und 21. Juli den Generalstreik ankündigt als Weltprotest gegen die Brutalität der Entente gegenüber Rußland und Ungarn und gegen die Vergewaltigung Deutschlands.

Der Generalrat des Allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbundes macht bekannt, daß auch die italienischen Eisenbahner sich dem internationalen Proteststreik anschließen werden.

Helfferich gegen Erzberger.

Zischen dem früheren Vizekanzler Dr. Helfferich und einer „besonderen Seite" der „D. A. Z." spielt sich seit einigen Tagen eine erbitterte Zeitungspolemik ab. Staatssekretär Dr. Helfferich richtet Angriffe gegen Erzberger, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die „besondere Seite" der „D. A. Z." mit ihren gereizten Erwiderungen niemand anders ist als der Buttenhausener selbst. Heute schreibt Dr. Helfferich in der „Kreuzzeitung" u. a.: „Die Behauptung, daß Herr Erzberger, seine Absicht, durch eine vom Reichstag zu beschließende Friedensresolution in die Politik einzugreifen, der Reichsleitung vorher mitgeteilt habe, ist und bleibt eine glatte Unwahrheit. Herr von Bethmann Hollweg hat von meiner zu diesem Punkte gegebenen Erklärung vor der Veröffentlichung Kenntnis genommen und sie als richtig bestätigt. Daß Herr Erzberger die Friedensresolution in einer unter meinem Vorsitz stattgehabten Konferenz im Reichsamt des Innern angekündigt habe, ist eine glatte Unwahrheit. Die von Herrn Erzberger mit abgegebene Erklärung des Zentrums im Hauptschuß vom 7. Oktober 1916 wagt auch Herr Erzberger nicht abzuleugnen. Aber er scheut sich, diese Erklärung seiner Gemeinde im vollen Wortlaut mitzuteilen. Er unterschlägt nur einen springenden Punkt, nämlich den Satz: „Fällt die Entscheidung für die Führung des rücksichtslosen U-Bootkrieges, so darf der Reichskanzler des Einverständnisses des Reichstages sicher sein." Mit diesem kleinen Kunstgriff verwandelt er die Erklärung des Zentrums, die dem Reichskanzler im Voraus von seiner politischen Verantwortlichkeit für die Eröffnung des rücksichtslosen U-Bootkrieges entlastet und damit dem Widerstand des Reichskanzlers gegen den rücksichtslosen U-Bootkrieg die parlamentarische Rückendeckung nahm, in eine „verfassungstreue und sachlich begründete wirksame Unterstützung" der Stellungnahme des Reichskanzlers gegen den U-Bootkrieg! Herr Erzberger mag sich drehen und wenden, wie er will,. Meine Feststellung, daß er die den moralischen Zusammenbruch einleitende Friedensresolution ohne Vorwissen des ihm vertrauenden Reichskanzlers und im Bunde mit der Wiener Politik gemacht hat, wird er nicht entkräften.

Lloyd George über die deutschen Kolonien.

Den englischen Blättern vom 4. 7. zufolge sagte Lloyd George in seiner Rede im Unterhause am 30. 6. über die deutschen Kolonien. In einigen der Kolonien ist eine überwältigende Menge von Beweismaterial dafür vorhanden, daß Deutschland die Eingeborenen grausam mißhandelt hat. Wenn trotzdem und trotz der Rolle, die die Eingeborenen bei ihrer jetzigen Befreiung gespielt haben, Deutschland diese Kolonien zurückgegeben würden und ihm damit Gelegenheit zu Repressalien gegeben würde, so wäre das niedriger Treubruch gewesen und es geht nicht nur um die Behandlung der Eingeborenen. Denkt nur daran, was für Gebrauch Deutschland sonst von seinen Kolonien machte. Süd-Westafrika benutzte es dazu, um Aufstand und Rebellion gegen die südafrikanischen Kolonien zu erwecken, die anderen Kolonien benutzte es als Basis zu Beutezügen gegen den Handel aller Länder in jenen Meeren. Die Rückgabe wäre also eine Torheit für uns gewesen und wir würden das Gebiet der Ungerechtigkeiten in der Welt, das so groß genug ist, erweitern und Deutschland neue Gelegenheiten zu künftigem Unrecht gegeben haben.

Notiz des W.T.B.: Es ist nicht überraschend, daß Herr Lloyd George es für angebracht hält, zur Begründung des an Deutschland begangenen Kolonialraubes sich stärker in Behauptungen als in Beweisen zu zeigen. Der englische Ministerpräsident würde in die größte Verlegenheit kommen, wenn er die Wahrheit dieser Behauptungen vor einer unparteiischen Stelle beweisen sollte. Deutschland war mit der Haltung der Eingeborenen ganz zufrieden. Es hätte also keinen Grund zu irgendwelchen Repressalien. Vor allem, daß jemals von Südwestafrika aus Aufstand und Rebellion gegen die südafrikanischen Kolonien hervorgerufen wurde, glaubt schwerlich irgend jemand in der Welt und Herr Lloyd George glaubt es auch nicht. Er weiß vielmehr ganz genau, daß die Widerstände, denen England in Südwestafrika begegnet ist, auf die schmähliche Vergewaltigung der Burenrepublik durch die Engländer zurückzuführen sind.

Schandblockade.

Der Londoner „Daily Herald" schreibt über die Berichte der in allen Teilen Deutschlands weilenden britischen Offiziere: Ueberall wird darin die Unterernährung im ganzen Lande hervorgehoben, die die Ursache der Unruhen sei. In einem Sonderbericht aus Schlesien wird betont, daß die Alliierten alles getan haben, um dem zersetzenden Einfluß der bolschewistischen Lehren die Wege zu ebnen, nämlich durch die Blockade. Diese Feststellung stammt besonders von einem der britischen Pressevertreter.

Aus Schlesien wird von englischer Seite gemeldet, daß das ganze Land rein deutsch sei, und daß es unbedingt deutsch bleiben wolle. Man wolle den Frauen Tee, den Männern Tabak und den Kindern stärkende Nahrungsmittel liefern. Taten brauche man und nicht Worte. Kinder unter drei Jahren bekommen Spinatwasser aus der Flasche zu saugen anstatt Milch, und das in einem reichen Ackerbaubezirk. Es sei ungeheuerlich. Das Durchschnittsgewicht der Säuglinge betrage vier Pfund. Ein anderer Bericht besagt, daß Oberschlesien eine schöne kleine Provinz sei, mit hart arbeitender Bevölkerung, die moralisch hoch stehe und gut unterrichtet sei.

Die Streiks der Eisenbahner.

In Berlin hielten sowohl die Ausständigen der städtischen Straßenbahn, wie auch das gesamte Personal der Hochbahn gestern nachmittag eine Versammlung ab, in der zum weiteren Ausharren im Streik aufgefordert wurde. In diesem Sinne sind dann auch Beschlüsse gefaßt worden. Ein Teil der Streikenden scheint kein rechtes Vertrauen mehr auf einen günstigen Ausgang der Bewegung zu haben. Dies trat besonders in der Versammlung der Hochbahnangestellten zutage, wo der Vorsitzende selbst feststellen mußte, daß manchem wohl Mißmut und Verzagtheit ergriffen habe. — Der Verkehr auf der Ring- und Stadtbahn soll von heute ab in vollem Umfange wieder aufgenommen werden.

Der Bürgerrat von Großberlin wendet sich in einem Aufruf an die Verwaltung der Bahnbetriebe und fordert, den Streikenden ein Ultimatum zu stellen.

In einer sehr stürmisch verlaufenen Versammlung der Magdeburger Eisenbahnarbeiter wurde mit einer Mehrheit von 3496 gegen 1831 Stimmen der Beschluß gefaßt, nicht in den Streik zu treten.

Die streikenden Eisenbahner Hannovers haben gestern abend in einer Versammlung beschlossen, den Streik abzubrechen und die Arbeit heute früh wieder aufzunehmen. Die Streikleitung wurde beauftragt, die Verhandlungen fortzuführen. — In einer Mitteilung des Kommandierenden Generals an die Presse heißt es u. a.: Auf den Strecken stehen Züge mit Lebensmitteln, sogar mit lebendem Vieh, das nicht befördert und nicht versorgt wird. Außerdem stockt die Kohlenversorgung in bedenklicher Weise. Die Hannoversche Maschinenaktiengesellschaft mußte ihren Betrieb bereits einstellen. — In Seelze versuchten streikende Arbeiter das Stellwerk zu zerstören, woran sie durch Beamte verhindert wurden. Heute Morgen entsandte der Kommandierende General einen Beauftragten zur Streikleitung, um diese aufzufordern, den Streik abzubrechen, da sonst energische Maßnahmen ergriffen werden müßten.

Der Streik der Eisenbahnarbeiter in Harburg hat sich auf sämtliche Betriebsstellen ausgedehnt. 1500 bis 2000 Mann sind ausständig. Die Arbeiter im Bezirk Hamburg-Altona ergibt nach den bisher vorliegenden Zahlen eine einfache Mehrheit für den Ausstand. Die Meinung geht aber dahin, daß die Delegierten eine Zweidrittel-Majorität für das Eintreten in den Ausstand für nötig erachten und daß sich eine solche nicht ergeben wird.

Die Eisenbahner Bremens beschlossen, vorläufig nicht in den Streik zu treten, heute jedoch in den Betrieben eine Urabstimmung vornehmen zu lassen. Es ist ein Telegramm vom Deutschen Eisenbahnerverband eingetroffen, in welchem es heißt, die Arbeiten nicht niederzulegen und, wo dies geschehen, diese wieder aufzunehmen.

Die Lebensmittelunruhen in Italien.

Wie die „Times" aus Mailand melden, breitete sich die Erregung der Bevölkerung über die Teuerung von Pomogna, Emilia und Toskana allmählich über die anderen Provinzen aus und hat hier zu ernsten Unruhen geführt. Die Gewalttätigkeiten und Plünderungen nahmen in Pomogna und Emilia einen ernsten Charakter an. Die Macht ging nahezu vollständig in die Hände der sozialistischen Truppen und der republikanischen Vereinigungen über. Sie haben die Kontrolle über den Verkauf der Lebensmittel übernommen. Agenten dieser Vereinigung mit roten Binden an den Armen haben auf den Wegen nach der Stadt Posten gefaßt, halten die Bauernwagen an, setzen die Lebensmittelpreise fest und beaufsichtigen den Markt. Diese Agenten beschlagnahmen auch alle Autos, die sie auftreiben können und fahren damit auf das platte Land und revidieren überall. Die Preise sind ungefähr auf die Hälfte herabgesetzt. Alle Bevölkerungskreise unterstützen diese Bewegung.

Nach Mailänder Blättermeldungen wurde Florenz der Schauplatz blutiger Zusammenstöße. Man hatte nach dem Aufruf der Arbeitskammer auf eine Beruhigung gehofft, tatsächlich kam es aber wieder in allen Stadtteilen zu Schlägereien, wobei es viele Schwerverwundete und Tote gab. Die Truppen wurden von der Menge angegriffen wobei 2 Offiziere erstochen wurden. Die vom Florentiner Präfekten angeordnete Herabsetzung der Preise hatte das vollständige Verschwinden der Lebensmittel vom Markte zur Folge. Auch auf dem Lande kam es in den Provinzen Mittel-Italiens zu heftigen Konflikten zwischen den Gutsbesitzern und den Abgeordneten der Arbeitskammer, die im Auto Lebensmittel zu beschlagnahmen versuchten. Die Gutsbesitzer wehrten sich mit der Waffe, so daß auch vom Lande zahlreiche Verwundete gemeldet werden. Der sozialistische Abgeordnete Pescetti hat beim Florentiner Präfekten gegen das Vorgehen der Truppen protestiert und deren Zurückziehung verlangt.

Tagesereignisse.

— **(Vizepräsident Löbe.)** Da der bisher von den Sozialdemokraten gestellte Vizepräsident der Nationalversammlung, Herr Schultz-Ostpreußen, zum Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern ernannt worden ist, tritt an seine Stelle der Führer der sozialdemokratischen Fraktion, der Redakteur der „Breslauer Volkswacht", Herr Löbe.

— **(Ein deutsch-tschechisches Kohlenabkommen.)** Zwischen dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung und der amerikanischen Wirtschaftsabordnung, sowie der tschecho-slowakischen Regierung haben in Berlin Verhandlungen über die gegenseitige Lieferung von Kohlen stattgefunden. Das Abkommen gilt ab 1. Juli 1919. Deutschland gibt oberschlesische, die Tschecho-Slowakei böhmische Kohlen.

— **(Die italienisch-französische Feindschaft.)** „Corriere della Sera" meldet aus Fiume, daß die Gewalttätigkeiten zwischen italienischen und französischen Soldaten in Fiume immer heftiger werden. Als sich der französische General in Begleitung des Generals Grazioli auf der Piazza del Commercio zeigte, wurde er von der Menge tätlich angegriffen. Auf die französische Kaserne wurde ein allerdings erfolgloser Bombenanschlag verübt.

— **(Aufhebung des Verbots der Verleihung von Orden.)** Der Verfassungsausschuß der preußischen Landesversammlung hat Donnerstag beschlossen, die Verordnung über das Verbot von Verleihung von Orden und Titeln aufzuheben. Bei der Durchführung der Verordnung haben sich praktische Schwierigkeiten ergeben, da mit fast jedem Titel der Beamten auch eine Rangerhöhung und materielle Vorteile verbunden sind, die man den Beamten nicht vorenthalten möchte. Endlich hat der Reichswehrminister bereits in der Nationalversammlung zugesagt, daß noch einmal eiserne Kreuze und Rotekreuzmedaillen verliehen werden sollen. Die ganze Materie wird grundsätzlich in der neuen Reichsverfassung und im einzelnen bei der Neuordnung des Beamtenrechts geregelt werden. Der Ausschuß hat daher geglaubt, der Regierung jetzt nach ihrem Wunsch Freiheit geben zu müssen, einzelne Unstimmigkeiten, die bei der

Nationalversammlung.

(Sitzung vom 7. Juni.)

Fortsetzung der Verfassungsberatung bei Artikel 69. Dieser bestimmt, die Gesetzesvorlage werde von der Reichsregierung oder aus der Mitte des Reichstages eingebracht. — Ein Antrag der Unabhängigen wünscht den Zusatz: Der Reichswirtschaftsrat beteiligt sich an der Gesetzgebung nach den Bestimmungen der Verfassung, im übrigen wird reichsgesetzlich die Teilnahme der Arbeiterräte an der Gesetzgebung geregelt. Die Abstimmung über den Antrag ergibt 110 Stimmen gegen und 89 Stimmen für den Antrag. Das Haus ist also nicht beschlußfähig. Der Präsident beraumt um 3/3 Uhr eine neue Sitzung an, in der der Antrag der Unabhängigen abgelehnt wird. Artikel 73 und 74 bestimmen, daß ein vom Reichsrat beschlossenes Gesetz vor seiner Verkündigung zum Volksentscheid zu bringen ist wenn es der Reichspräsident binnen eines Monats bestimmt. Ein Gesetz, dessen Verkündigung auf Antrag von wenigstens einem Drittel des Reichstages ausgesetzt ist, ist dem Volksentscheid zu unterbreiten, wenn es ein Zwanzigstel der stimmberechtigten Wähler beantragen. Im übrigen sieht Artikel 74 eine Volksabstimmung vor, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach einem Gesetz stellt. Es liegen mehrere Abänderungsanträge vor.

Abg. Heintze (D. Vp.): Der Ausschuß hat gegenüber der Vorlage die Möglichkeit des Referendums erheblich beschränkt. Diese Ausdehnung beruht auf der Tendenz eines starken Mißtrauens gegen die gesetzlich berufenen Instanzen. Dies ist der Ausfluß einer übertriebenen Demokratisierung und lähmt damit die Tatkraft der verantwortlichen Organe. — Abg. Dr. von Delbrück (D.-N.): Die Meinungen in meiner Fraktion sind geteilt. Das Volksbegehren lehnen wir einmütig ab, die Masse der Wähler ist jedenfalls nicht die geeignete Instanz, eine gesetzgeberische Initiative auszuüben. — Abg. Katzenstein (S.): Ich leugne nicht, daß das Referendum unter Umständen fortschrittshemmend wirken kann.. Jedenfalls muß aber, wenn die Volksvertretung einem starken Bedürfnis, das im Volke herrscht, nicht Rechnung trägt, die Möglichkeit bestehen, daß allein durch die Souveränität des Volkes ein Gesetz zustande kommt. — Abg. Koch (D.): Das Volk ist das beste und sicherste Kontrollorgan, besser als irgend eine Kammer oder sonstige Körperschaft. — Abg. Kühn (U.): Der Volksentscheid bedeutet einen neuen Gedanken, ist aber ein richtiges Mittel zur Politisierung der Massen. — Abg. Dr. Quarck (S.): Die Schweiz hat die besten Erfahrungen mit dem Referendum gemacht, es ist ein Bestandteil der Demokratie, es wäre ein Fehler, es nicht in die Verfassung aufzunehmen.

Die beiden Artikel werden, unter Ablehnung aller Anträge, unverändert angenommen; desgleichen die folgenden Artikel.

Es folgt die Beratung des 6. Abschnittes: Die Reichsverwaltung. Abg. Dr. Quarck (Soz.) berichtet über Artikel 78 bis 100.

Bei Artikel 88 (Post- und Telegraphenwesen) bitten der bayrische Gesandte Dr. von Treger und Reichskommissar Dr. Preuß um vorläufige Aussetzung der Beratung, da innerhalb der beteiligten Ressorts noch Verhandlungen über das strittige Recht des Postministers schweben. Das Haus lehnt jedoch diesen Wunsch ab, da in der dritten Lesung noch Aenderungen vorgenommen werden könnten.

Absatz 8 des Artikels bestimmt: Verordnungen erläßt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates. Die Reichsregierung kann die Befugnis mit Zustimmung des Reichsrates auf den Postminister übertragen. — Abg. Dr. Steinkopf beantragt Streichung des Artikels: Nach der Vereinheitlichung des Postwesens hat die Mitwirkung des Reichsrates keinen Sinn mehr. Außerdem steht diese Bestimmung im Widerspruch zu Artikel 77, wo das Verordnungswesen allgemein geregelt ist. — Nach kurzer Debatte wird der Absatz 2 des Artikels 88 gemäß dem Antrage Steinkopf gestrichen, im übrigen der Artikel angenommen. Die Bestimmungen über die Reichseisenbahnen werden ohne Erörterung angenommen.

Artikel 97 gibt dem Reiche das Recht auf Uebernahme der schiffbaren Wasserstraßen. Ein gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei will die Nutzung der Wasserkräfte und die Regelung des Gemeingebrauches aller Wasserstraßen den Ländern überlassen. Artikel 97 und der übrige Teil des 6. Abschnittes werden unverändert angenommen. Hinzugefügt wurde auf Antrag sämtlicher Parteien außer den Unabhängigen ein Artikel 100 a, wonach das Reich alle Seezeichen übernimmt.

Danach vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Dienstag. Tagesordnung Steuergesetze.

Hindenburg und die Nationalversammlung.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung hat folgenden Antrag eingebracht:

Die Nationalversammlung wolle beschließen, das folgende Telegramm an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg zu senden: „Als Vertreterin des deutschen Volkes spricht die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung Eurer Exzellenz den heißen Dank der Nation für die unauslöschlichen Verdienste aus, die Sie sich in fünfjähriger lingebungsvoller Arbeit um das Vaterland erworben haben. Der Name Hindenburg war dem [illegible] Volke in schwerer Zeit der Inbegriff des Schutzes und Stolzes. Er leuchtet durch die Geschichte gewaltiger Leistungen und Taten eines gegen die Uebermacht von Feinden ringenden Volkes. In all den Jahren des Kampfes waren Sie, Herr Generalfeldmarschall, ein leuchtendes Vorbild treuer deutscher Pflichterfüllung, die auch in den Zeiten der Not und des Zusammenbruches sich bewährte. An Euer Exzellenz von dem hohen Führeramte scheiden, folgt Ihnen der Dank des hartgeprüften Volkes in die Stille eines, so Gott will, gesegneten Lebensabends. Der Name Hindenburg wird für alle Zeiten als der eines der Großen, in den Herzen der Gesichte des deutschen Volkes fortleben.

Weimar, den 4. Juni 1919.

Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung."

Vom Gewerkschaftskongreß.

Zum Schluß der Freitag-Vormittag-Sitzung des deutschen Gewerkschaftskongresses wurde die Entschließung zur Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern mit 420 gegen 181 Stimmen angenommen. In der Nachmittagssitzung begründete Lipart die vorgelegten Satzungen des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes. Zu den Satzungen liegen eine Reihe von Abänderungsanträgen vor, die einer Kommission zur Durchberatung und zu einer Vorlage für die nächste Sitzung überwiesen werden. Auf einen Antrag Liparts wird vom Kongreß die Entscheidung herbeigeführt, ob es bei der bisherigen Form der Berufs- und Industrieorganisationen bleiben soll. Der Kongreß entscheidet sich mit 303 Stimmen für die Aufrechterhaltung der bisherigen Form.

In einem Schlußwort zu dem Punkt der Tagesordnung, der die Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften festlegt, führte Lipart u. a. aus: Die Gewerkschaften haben es vor und nach der Revolution vielleicht an revolutionären Worten, sicher aber nicht an revolutionären Taten fehlen lassen. Die Richtlinien über die Betriebsräte sind nichts anderes als die alte Forderung der Gewerkschaften nach Anerkennung der Arbeitervertretungen in den Betrieben. Es ist eine leere Behauptung daß die Gewerkschaftsführer den Rätegedanken verbessert hätten. Müller hat das Rätesystem in Gegensatz zum Parlament gestellt. Bisher war das freie Wahlrecht das Zeichen, in dem wir siegen wollten. (Stürmischer Beifall.) Gerade wir als Gewerkschaftler müssen mit aller Entschiedenheit uns zum Grundsatz des Parlamentarismus und der Demokratie bekennen. (Stürmischer Beifall.) Wie kann ein Gewerkschaftsführer sagen, die Richtlinien seien nur Schutzbestimmungen für die Unternehmer? Wir werden mit diesem sogenannten neuen Geist, der die Tarifverträge vernirft, genau so fertig werden, wie mit den Syndikalisten und den Anarchosozialisten. In der Abstimmung wurden dann die von der Vorständekonferenz vorgeschlagenen Richtlinien mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Weitere Nachrichten.

— **(Die Richter des Kaisers.)** Die Londoner „Evening News" melden, daß Lord Summer, eine große juristische Autorität, den fünf Richtern präsidieren soll, welche Groß-Britannien Amerika, Frankreich, Italien und Japan vertreten werden, und vor denen der Kaiser in London erscheinen soll. Sir Gordon Heward, der Generalstaatsanwalt, soll die öffentliche Anklage führen.

— **(Die auszuliefernden Offiziere.)** Die britische Admiralität reichte eine Liste von 71 deutschen Marine- oder anderen Offizieren ein, darunter viele U-Bootkommandanten, die besonders barbarischer Taten beschuldigt werden. Unter anderm wird ihnen das Bombardiren offener Hafenstädte an der englischen Küste und das Minenlegen unter ungesetzlichen Umständen vorgeworfen. Einige der auf der Liste Genannten befinden sich augenblicklich in den Händen der Engländer. Alle alliierten Regierungen stellen eigene Listen der Personen auf, die ausgeliefert werden müssen. Die vollständige Liste wird der deutschen Regierung innerhalb eines Monats nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages zugestellt.

— **Der frühere Gouverneur** von Deutsch-Ostafrika Dr. Schnee hat bei der Gedenkfeier von Leibnitz Geburtstag von der Berliner Akademie der Wissenschaften die goldene Leibnitzmedaille erhalten. Ebenso wurden zum ersten Male seit Kriegsbeginn wieder silberne Medaillen an verdiente Gelehrte verliehen.

— **(182 Milliarden Schadenersatzforderungen.)** Die „Times" melden aus Paris: Die Kommission zur Festsetzung der Schadenersatzansprüche an Deutschland hat einen vorläufigen Bericht an die Verbündetenkonferenz erstattet, der mit 182 Milliarden Schilling Forderungen abschließt.

— **(Heimkehr des Saloniki-Heeres.)** Als Erster nach Friedensschluß von Rußland über Konstantinopel-Italien ist der frühere deutsche diplomatische Vertreter in Kiew, Arthur Mors, zurückgekehrt. Er bittet, der deutschen Presse mitzuteilen, daß die letzten in Saloniki mit Admiral Hysmann und Major von Keßler verbliebenen etwa 2500 Mann deutscher Truppen gegen Ende Juni mit den Dampfern „Reschid Pascha" und „Akteris" von Saloniki abfahren wollten, um über Gibraltar in der Zeit vom 20. bis 25. Juli einzutreffen.

— **(Lansing demissioniert.)** Der Neuyorker Korrespondent der „Daily News" behauptet, daß der amerikanische Staatssekretär Lansing seine Demission als Mitglied der amerikanischen Friedensabordnung eingereicht habe. Das Gesuch erregt in den Vereinigten Staaten großes Aufsehen. Auch Oberst House, der jetzt nach London gereist ist, anstatt mit dem Präsidenten Wilson heimzukehren, wird allem Anschein nach nicht wieder an der Friedenskonferenz teilnehmen.

— **(Die Auslands-Konkurrenz.)** Die nordamerikanischen Großkapitalisten hatten schon ihre Absicht kundgegeben, große deutsche industrielle Unternehmungen anzukaufen und dort die Fabrikation ihrer Artikel einzuführen. Diese Absichten sind aber wieder aufgegeben, denn die Yankees haben als gute Rechner herausgefunden, daß die Geschäftsunkosten in Deutschland durch die hohen Löhne so hoch geworden sind, daß die Preise der Fertigfabrikate nicht mehr im Verhältnis zu den Weltmarktpreisen stehen. Die Amerikaner produzieren zu Hause erheblich billiger wie wir, sie können also ihre Waren in Deutschland immer noch billiger abgeben, als die deutschen Fabrikanten liefern können. Die zum Export nach Deutschland bestimmten Waren sind drüben in Riesenmengen vorhanden, sie sind bei uns am leichtesten abzusetzen, weil bei uns am teuersten gearbeitet wird. Irgend welches Mittel, diese Ueberschwemmung mit Auslandsware zu verhindern, haben wir nicht, denn der Friedensvertrag verbietet uns die Erhebung von Zollzuschlägen oder sonstige Einfuhrhemmnisse. Wie bös es bei uns steht, zeigt die Betriebseinstellung der Kruppschen Filiale in München wegen andauernder Unterbilanz.

— **(Bevorstehende Schiffssabotage.)** Unzufriedene Matrosen der Minenflottille, die sich den neuen Vorschriften nicht fügen wollten und deshalb entlassen werden sollten, machten den Versuch, durch Oeffnen der Ventile zwei Minensuchboote zum Sinken zu bringen. Das verbrecherische Vorhaben wurde bemerkt und rechtzeitig vereitelt.

— **(Der Schiedsspruch im Bankgewerbe.)** Nach stundenlanger Beratung verkündete am Sonnabend abend kurz vor 10 Uhr Dr. Wulff den Schiedsspruch, wobei er gleichzeitig erklärte, daß die Parteien bis zum 11. Juli mittags 12 Uhr dem Reichsarbeitsministerium schriftlich Mitteilung von der Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu machen hätten. Der wichtigste Punkt des Schiedsspruchs bezieht sich auf die Einkommensregelung. Der Schiedsspruch wurde von den Angestellten ziemlich ruhig aufgenommen. Der Vorsitzende empfahl den Parteien die Annahme des Schiedsspruchs mit dem Bemerken, daß der Schlichtungsausschuß sich bemüht habe, die mittlere Linie zu finden.

— **Die Braut des entflohenen Bankbeamten Emonts** wurde, wie das B. T. erfährt, verhaftet. Emonts hat sich mit der Dame, welche die Tochter eines höheren Offiziers ist, vor einiger Zeit verlobt und die Behörden behaupten, daß der bekannte Briefwechsel durch die Vermittlung seiner Verlobten vonstatten gegangen ist.

— **(An die Streikhelden.)** Die Nieuwe Courant schreibt unter der Ueberschrift „Wen die Götter verderben wollen": Haben die Götter es denn auf Deutschlands Untergang abgesehen, daß das Volk so verblendet ist? Man fragt sich vergebens, welcher Gedanke die Streikenden in Berlin und in andern Teilen des Reichs beseelt. Streiks können augenblicklich nicht anders wirken, als die Verenkung des wirtschaftlichen Lebens noch vollkommener zu machen.

— **Der Füllfederhalter von Versailles.** Aus dem ganzen Akt der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles wird nach Jahrzehnten nur eine historische Erinnerung bleiben, die wirklich Effekt gemacht hat, und das ist der Füllfederhalter des deutschen Reichsministers des Auswärtigen, Hermann Müller, mit dem die beiden deutschen Vertreter das Dokument unterzeichneten, indem sie den von elsaß-lothringischen Chauvinisten der französischen Regierung gestifteten goldenen Federhalter ablehnten. Das war das einzig Imponierende, denn die diesen gebeugten Herren, welche die Sieger repräsentierten, erregten vor dem gesitteten Publikum selbst so wenig Respekt, daß dies ungeniert photographierte, mitgebrachte Essvorräte verzehrte und allerlei Allotria trieb. Es ging beinahe zu, wie in einer Jahrmarktsbude, und nicht wie auf einem Weltfriedenskongreß.

— **Ozeanflug eines Luftschiffes.** Das Luftschiff „R 34" ist am 2. Juli um 1.48 Greenwicher Zeit von Schottland nach Amerika abgefahren. Es handelt sich um das englische Aluminium-Starrluftschiff, das in den letzten Tagen Training-Flüge nach Dänemark und in die Deutsche Bucht hinein ausführte. Größe und Aufbau des Schiffes entspricht bis in die Einzelheiten hinein den deutschen Kriegsluftschiffen. Das Schiff ist mit dem Sitz Atlantic City von seiner Halle East Fortune, Grafschaft Haddingtonshire, Südost-Schottland, abgefahren und trägt Betriebsmittel für 6 Tage, um mangels einer geeigneten Halle in Amerika den Rückflug evtl. sofort anschließen zu können. Es bietet Raum für 25 bis 30 Personen.

— **Die aufreizenden Plakate der Kommunisten,** die während des Eisenbahnerstreiks verbreitet wurden, sind in besonderen Lägen polizeilich beschlagnahmt worden. Dabei wurden Schriftstücke aufgefunden, die erkennen lassen, wieviel die Kommunisten für die Vorbereitung des Streiks ausgegeben haben. Aus Briefschaften und Belegen wurde festgestellt, daß allein 600 000 Mark aus ungarischer Quelle stammen.

— **Das Ozean-Luftschiff R 34 in Not.** Nach einer Meldung aus Washington hat das Luftschiff R 34, welches den Flug über den Ozean von England nach Amerika unternommen hat, das britische Luftfahrtministerium verständigt, daß es über Shetland mit starkem Gegenwind zu kämpfen hatte und daß es Benzin auszugehen beginnt. Zwei Zerstörer haben Befehl erhalten, sofort von Washington nach der Funay-Bucht auszufahren, um dem Luftschiff Hilfe zu leisten.

Kleine Nachrichten.

Gesandter v. Haniel ist zum Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt ernannt worden. Er hat die Funktionen seines neuen Amtes bereits übernommen.

Deutschland fragt in einer Note an Clemenceau an, ob sich die Ratifikation des Friedens lediglich auf den Vertrag selbst beziehen soll. In einer anderen Note erfuhr Deutschland um Maßnahmen zum Schutze der Deutschen in Riga.

Freiherr v. Lersner ist zum Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles ernannt worden.

Die Plenarverhandlungen der Nationalversammlung über die Ratifizierung des Friedens beginnen voraussichtlich am Mittwoch.

Wie die Pariser „Humanitee" meldet, ist die Beschäftigung der deutschen Kriegsgefangenen im Aufbaugebiet seit 1. Juli eingestellt. Die Kriegsgefangenen werden zum Abtransport in Sammellager zurückgebracht.

Der frühere englische Ministerpräsident Asquith ist in Köln eingetroffen.

Der stellvertretende Regierungspräsident von Wiesbaden Springorum wurde vom französischen Gericht zu 2 Monaten Gefängnis und mehreren tausend Francs Geldstrafe verurteilt, da er einen von die Berliner Regierung bestimmten Brief durch zuschmuggeln versuchte.

In Peru ist am Freitag morgen die Revolution ausgebrochen. Präsident Perde und das Kabinett wurden gefangen gesetzt.

Zwischen dem preußischen Kabinett und der Reichsregierung finden Verhandlungen statt, die eine eventuelle Verleihung der Autonomie an die Provinz Schlesien.

In der konfessionellen Schulfrage ist nach einer Weimarer Meldung der Block zwischen den Sozialdemokraten und dem Zentrum ein Kompromiß zustande gekommen.

Man vermutet, daß der Kommunist Levine sich unter falschem Namen in der Schweiz aufhält und dort für den Kommunismus wirkt. Die schweizerische Polizei wurde aufgefordert, Levine zu verhaften.

Seegespenster.

Ein Roman von der Insel Sylt von Anny Wothe.

(Nachdruck verboten.)

Amerikanisches Copyright 1918 by Anny Wothe-Mahn, Leipzig.

34. Fortsetzung.

Nun nahte wohl das Unheil! Modder Wedderken Haus und er vermochte nicht, es zu bannen. Er mußte fein stille sein, wenn er nicht wollte, daß Estrids Name genannt wurde. Durfte er da Ingewart Ferks zur Verantwortung ziehen?

Wozu auch? Die Schuld trug sein Weib, das den Aermsten zu dem gemacht, was er geworden.

Peter Bonken knirschte mit den Zähnen und schlug wild auf die Pferde ein. —

Ingewart Ferks hinter ihm lachte laut auf und rief Sölve zu:

„Jetzt geht's zur Hochzeitsfahrt und Peter Bonken fährt uns selbst ins Glück hinein."

Wibke Wedderken staunte nicht wenig, als sie, aus dem Schlafe geweckt, Peter Bonkens Schlitten mit Sölve und Ingewart Ferks entdeckte.

„Was soll das?" fragte sie unwirsch ihre Tochter. „Wo kommst du mitten in der Nacht her? Ist das eine Art?"

„Ich bringe einen Todkranken, Modder", sagte Sölve einfach. „Seine Mutter ist gestorben und er hat Niemand als uns, die wir schuldig an ihm geworden sind, für sein zerbrochenes Leben."

Da öffnete Wibke Wedderken ihre Tür weit [illegible]

„Ich will seine Mutter sein."

So zog Ingewart Ferks in das kleine Haus mit dem tieferabhängenden Schneedach, das sich wie weißer Sammet weich über die grauverwitterte Schilfdecke schmiegte. —

Peter Bonken aber dachte, während er seinen Schlitten wieder nach dem Gotteskoog zurücklenkte:

„Warum ist Estrid nicht wie ihre Mutter und Schwester? Es muß etwas Großes und Schönes für einen Mann sein, unter der Hut solcher Frauen zu leben."

Und ein Jammer ohne gleichen überkam den starken Mann, als er allein durch die schweigende weiße Winternacht heimwärts fuhr. Der erste Tag des neuen Jahres dämmerte rosenrot über dem Watt herauf. Als wären tausend von Rubinen und Smaragden über die glitzernde Eisfläche gestreut, so funkelte es in dem aufsteigenden Morgenrot.

„Ein neues Jahr", dachte Peter Bonken, „doch kein neues Hoffen. Das liegt, wie eine versunkene Krone, im weiten Meer."

*

Der Winter ging vorüber und der Lenz stand vor der Tür. Spät kam er auf die Insel, aber er kam in Glanz und Pracht, sodaß Estrid oft erschauernd die Augen schloß, vor all den schönen Frühlingswundern, die sich mit jedem neuen Tag offenbarten, wenn sie durch den Garten schritt, wo Weißdornhecken und Obstbäume blühten.

Wie im Brautkleid stand die Welt. Oft weilte Estrid auf der Galerie des Hauses und sah sehnsüchtig über das schimmernde Watt, das den lichtblauen Himmel wiederspiegelte. Oder ihr Blick schweifte über die Dünen hinweg auf das brausende Meer mit der mächtig steigenden Flut, auf die goldigen, schaumgekrönten Wellen, die flirrten und glühten, als könnten sie nicht genug tun in übermächtiger, frühlingsfroher Seligkeit.

Hatte das Meer immer wie Orgelschall gerauscht, oder war es nur das Rauschen und Brausen ihres eigenen Herzens?

Wie seltsam sich Estrids Leben im Gotteskoog gestaltet hatte.

Kein Wort hatte Peter mit ihr über den schrecklichen Sylvesterabend gesprochen. Er war nach der nächtlichen Fahrt nicht zu ihr gekommen, wie sie es in ihrer Herzensangst gehofft und gefürchtet. Er hatte ihr nur am anderen Tage mitgeteilt, daß er den kranken Ingewart Ferks auf den Wunsch Sölves zu ihrer Mutter gebracht.

Da hatte Estrid den blonden Kopf tief auf die Brust geneigt. Peter brauchte die Träne nicht zu sehen, die sich ihr unter den langen Wimpern hervordrängte, in dem Gedanken, daß ihr nun auch das Mutterhaus verschlossen sei.

Peter war nicht unfreundlich zu ihr, dennoch spürte sie oft seine eiserne Hand, wenn er sie scheinbar unmerklich zwang, ihre Pflichten als Hausfrau wieder aufzunehmen.

Zunächst tat sie es widerwillig, tiefen Groll gegen Peter im Herzen. Nach und nach wurden ihr diese Pflichten lieb und notwendig und ihr lag daran, sie gewissenhaft zu erfüllen. Sie wollte sich vor Peter keine Blöße geben. Er sollte sie nicht ganz verachten.

Oft dachte sie zwar: Wozu? Wenn das Kind da ist, dann gehe ich ja für immer fort — weit, weit — und nie werde ich den Gotteskoog wiedersehen.

Ihr war dann, als müßte sie weinen, aber keine Träne kam in ihr Auge.

Fast schien es, als hätten ihre Augen den alten, unergründlichen Schein und manchmal spielte auch wieder das rätselhaft verführerische Lächeln um ihren Mund. Wenn Peter Bonken es bemerkte, biß er die Zähne zusammen und ballte die Fäuste, doch sich zusammennehmend schritt er aus der Stube.

Aus Keitum kam spärliche Kunde. Man hielt nie Einkehr im Gotteskoog und Modder Wedderken erzählte kurz, daß Ingewart Ferks noch immer krank wäre. Oft sei er ganz ohne Sinnen, meist läge er ruhig da und sei dann vernünftig. Der Arzt hätte ein altes Gehirnleiden festgestellt und der wirre Sinn sei eben bei ihm wie bei seinem Vater ausgebrochen. Es läge in der Familie der Ferks von Alters her.

Estrid hatte nicht aufgesehen bei den Worten der Mutter.

Gewiß, die gute, alte Frau, die äußerlich fast hart erschien, wollte ihr Trost spenden, wollte wenigstens versuchen, Estrid von der drückenden Last zu erleichtern. Aber Estrid, trotzdem, so sehr sich auch ihr widerspenstiges Herz dagegen sträubte.

An Sölve, so hatte die Mutter berichtet, war ein Schreiben von Beut Bonken gekommen, in dem er Sölve um ihre Hand bat. Sölve hatte ihn ablehnend beschieden, da sie entschlossen sei, ihr Leben Ingewart Ferks zu weihen.

„Du glaubst nicht, wie sie ihn weinen ließ, kleine Sölve", hatte die Mutter geschlossen. „Ein Blick ihrer Augen, ein kleines Dieb macht er Tobenden sanft und still. Dich scheint er zu vergessen", setzte die Mutter hinzu, „denn er spricht nie mehr von dir."

„Gott sei Dank", wollte es sich unwillkürlich über Estrids Lippen drängen, aber sie hatte kein Wort entwidert.

Die Gespenster ließen nicht ab von ihr. Tag und Nacht verfolgten sie ihr Opfer. Auf das Meer stiegen sie zu ihr auf und würden sie hinabziehen bis auf den tiefsten Grund.

(Fortsetzung folgt.)

Westfalen

Kamen, 8. [illegible] kirchlichen Obrrbeh[illegible] Trauertages [illegible] den Friedens[illegible] richteten die Gene[illegible] der Altpreuß[illegible] evangelischen [illegible] stehende Anspra[illegible] von allen Kanzeln [illegible] In der Stund[illegible] Volkes wenden w[illegible] Gemeinden unseren[illegible] sachen Bitte!

Die erste: [illegible] Herrlichkeit ist zer[illegible] und der Ohnmacht [illegible] erschüttert bleibt [illegible] Fuß ist auch in [illegible] laßt uns festhalten [illegible] Welt überwindet.

Und wenn wir [illegible] und unerhörten [illegible] unterworfen müss[illegible] letzte und einzige, [illegible] unsere Ehre und u[illegible]

Jeder Gedanke [illegible] Kaisers, der fast [illegible] den Frieden erha[illegible] Herren und Staat[illegible] Wissen beraten h[illegible] deutsches Herz erit[illegible] als tiefe Schmach, [illegible] Ehrlosigkeit belast[illegible] Das Verlange[illegible] digen am Kriege [illegible] Hilfe in [illegible] Mi[illegible] wissen verletzt. [illegible] heben wir vor Ge[illegible] legen Protest gege[illegible] dieses Brandmal [illegible]

Wie man au[illegible] handlungen der [illegible] steht die Reinheit[illegible] sichtigkeit seines W[illegible] christlichen Christen[illegible] begründeten Vera[illegible] deren Mitteln ver[illegible] aber hier unse[illegible] Millionen deutsch[illegible] wir unsere Gemei[illegible] Kaiser und seine[illegible] christlicher Barmh[illegible] Gemahlin nebst [illegible] Leiden mit dem [illegible] geben. Die Mens[illegible] der Schrei unsere[illegible] als eine Großma[illegible] als die Bosheit [illegible]

Die dritte [illegible] werden, solange [illegible] furchtlos unsere [illegible] zu üben. Unseres[illegible] Herr Jesus Chri[illegible] uns in seiner N[illegible] bewähren und in [illegible] land bauen.

In diesem G[illegible] den in Gefahr de[illegible] unserer evangeli[illegible] verbunden.

Ueber die Ho[illegible] Dennoch des Gra[illegible] Gott, einen lebe[illegible] liches Reich, dem [illegible] uns mit Waffen [illegible] daß wir mit zu d[illegible]

Kreis-Fen[illegible]

Kamen, 8. [illegible] serer Stadt im [illegible] jährige Kreis[illegible] zu welchem die W[illegible] wehren des Sta[illegible] großer Zahl ers[illegible] lungen leitete de[illegible] hof-Hamm. [illegible] wurde beschlosse[illegible] gebildeten Uebu[illegible] folgendem Ergeb[illegible] ohn-Münster [illegible] verband), Gut[illegible] Wiescherhöfen, [illegible] und Brandst[illegible] teilte mit, daß [illegible] Kreisbrandmeiste[illegible] werden soll. [illegible] bandsbeitrages [illegible] von 10 Pfg. p[illegible] läufig beizub[illegible] ferner, zu veran[illegible] lisch-Inspektor [illegible] Revision de[illegible] handenen F[illegible] Brauchbarkeit u[illegible] werden soll, w[illegible] Notwendigkeit d[illegible] auf erhielt Her[illegible] Brandinspektor [illegible] seinem Vortrage [illegible] verbreitete sich [illegible] lichten des [illegible] wesens und [illegible] Feuerwehren. [illegible] das Ehrenze[illegible] vorläufig n[illegible] es erst in einer[illegible] verhältnissen er[illegible] werden muß. [illegible] wie in andern [illegible] und ein neue[illegible] Dienstzeit zu [illegible] Hamm dankte [illegible] fällig aufgenom[illegible] erhielt Herr Ju[illegible] mund das Wor[illegible] Entstehungs[illegible] feuerlöscher [illegible] äußerst interes[illegible] wicklung des [illegible] auf die [illegible] sprechen. An[illegible] nungen erläute[illegible] Systeme, dabei [illegible] leuchtend. Als[illegible] insbesondere m[illegible] lektor" bekannt, [illegible] im Entstehung[illegible] Die Abläschung [illegible] Herr Modersoh[illegible] seine lehrreichen [illegible] der Verhandlu[illegible] der im letzten [illegible] durch Erheben

Westfalen u. Rheinland.

Trauertag.

Kamen, 8. Juli. Anläßlich des von der kirchlichen Oberbehörde Preußens anberaumten Trauertages über den niedrbeugenden Friedensschluß von Versailles richteten die Generalsuperintendenten der Altpreußischen Provinzen an die evangelischen Gemeindeglieder nachstehende Ansprache, die am letzten Sonntag von allen Kanzeln verlesen wurde.

In der Stunde tiefster Demütigung unseres Volkes wenden wir uns an die evangelischen Gemeinden unserer Landeskirche mit einer dreifachen Bitte!

Die erste: Das Deutsche Reich und seine Herrlichkeit ist zerbrochen, eine Zeit des Druckes und der Ohnmacht steht uns bevor. Aber unerschüttert bleibt das Reich unseres Gottes. Sein Fuß ist auch in den großen Wassern. Darum laßt uns festhalten an dem Glauben, der die Welt überwindet, an dem lebendigen Gott und dem, den er gesandt hat, Jesus Christus!

Und wenn wir wehrlos uns den grausamen und unerhörten Bedingungen unserer Gegner unterwerfen müssen — unmöglich ist es, das letzte und einzige, was uns bleibt, preiszugeben, unsere Ehre und unser Gewissen!

Jeder Gedanke an die Auslieferung unseres Kaisers, der fast dreißig Jahre seinem Volke den Frieden erhalten hat, nebst seinen Feldherren und Staatsmännern, die ihn nach bestem Wissen beraten haben, ist eine Qual, die kein deutsches Herz ertragen kann; wir empfinden sie als tiefe Schmach, die uns mit Treubruch und Ehrlosigkeit belasten will.

Das Verlangen, uns als die einzig Schuldigen am Kriege zu bekennen, legt uns eine Lüge in unser Mund, die schamlos unser Gewissen vergiftet. Als evangelische Christen erheben wir vor Gott und Menschen feierlich heiligen Protest gegen den Versuch, unserer Nation dieses Brandmal aufzudrücken.

Wie man auch urteilen mag über einzelne Handlungen der Regierung unseres Kaisers: fest steht die Reinheit seines Wollens, die Makellosigkeit seines Wandels, der Ernst seines persönlichen Christentums und seines darin tiefbegründeten Verantwortlichkeitsgefühls. Mit äußeren Mitteln vermögen wir ihn nicht zu schützen, aber hier unsere Bitte: im Einklang mit Millionen deutscher Männer und Frauen rufen wir unsere Gemeinden auf, in dieser Not den Kaiser und seine schwerkranke, in den Werken christlicher Barmherzigkeit vorbildlich bewährte Gemahlin nebst unseren deutschen Führern und Helden mit dem Wall unserer Fürbitten zu umgeben. Die Menschen haben uns verlassen, aber der Schrei unserer Klage vor Gott vermag sich als eine Großmacht zu erweisen, die stärker ist als die Bosheit der Welt.

Die dritte Bitte: Laßt uns nicht müde werden, solange Gott uns das Leben schenkt, furchtlos unsere Pflicht zu tun, die Not zu lindern, die Hoffnung zu stärken und Liebe zu üben. Unseres Glaubens Herzstück ist unser Herr Jesus Christus, der uns erlöst hat. Laßt uns in seiner Nachfolge als seine Jünger uns bewähren und in seiner Kraft auch das Vaterland bauen.

In diesem Gelübde bleiben wir auch mit den in Gefahr der Abtrennung stehenden Teilen unserer evangelischen Landeskirche für immer verbunden.

Ueber die Hoffnungslosigkeit erhebt sich das Dennoch des Glaubens. Wir haben einen starken Gott, einen lebendigen Heiland, ein unbewegliches Reich, dem der Sieg gehört! Rüsten wir uns mit Waffen des Glaubens und des Gebets, daß wir mit zu den Siegern gehören!

*

Kreis-Feuerwehr-Verbandstag in Kamen.

Kamen, 8. Juli. Sonntag tagte in unserer Stadt im „Gasthof zur Krone" der diesjährige Kreisfeuerwehrverbandstag, zu welchem die Vertreter der Freiwilligen Feuerwehren des Stadt- und Landkreises Hamm in großer Zahl erschienen waren. Die Versammlungen leitete der Vorsitzende, Kamerad Guthoff-Hamm. Zu Punkt 1 der Tagesordnung wurde beschlossen, den am 28. September 1913 gebildeten Uebungs-Ausschuß neuzuwählen mit folgendem Ergebnis: Stadtbaumeister a. D. Modersohn-Münster (Ehrenvorsitzender im Kreisverband), Guthoff-Hamm, Kleiböhmer-Westerkirchen, Rodenkirchen-Altenbögge und Brandstetter-Unna. Der Vorsitzende teilte mit, daß im Herbst ein außerordentlicher Kreisbrandmeistertag nach Hamm einberufen werden soll. Bei der Festsetzung des Verbandsbeitrages wurde beschlossen, den Beitrag von 10 Pfg. pro Mitglied und Jahr vorläufig beizubehalten. — Beschlossen wurde ferner, zu veranlassen, daß durch Herrn Feuerlösch-Inspektor Modersohn-Münster eine Revision der im Kreisverband vorhandenen Feuerlöschgeräte auf ihre Brauchbarkeit und Zuverlässigkeit vorgenommen werden soll, wobei Herr Modersohn auf die Notwendigkeit dieser Revision hinwies. — Hierauf erhielt Herr Stadtbaumeister a. D. und Branddirektor Modersohn das Wort zu seinem Vortrage. In längeren Ausführungen verbreitete sich der Redner über die Aufgaben des freiwilligen Feuerlöschwesens und die Rechte und Pflichten der Feuerwehren. Redner teilte hierbei mit, daß das Ehrenzeichen für 25jährige Dienstzeit vorläufig nicht mehr verliehen wird, da es erst in einer neuen, den veränderten Zeitverhältnissen entsprechenden Fassung hergestellt werden muß. Beantragt ist, das Ehrenzeichen, wie in andern Staaten, am Bande zu tragen und ein neues Ehrenzeichen für 40jährige Dienstzeit zu schaffen. — Herr Guthoff-Hamm dankte dem Referenten für seine beifällig aufgenommenen Ausführungen. Hierauf erhielt Herr Ingenieur E. Fromholz-Dortmund das Wort zu seinem Vortrag über die Entstehungsbrände und Handfeuerlöscher. Referent begann seinen äußerst interessanten Vortrag mit der Entwicklung des Feuerlöschwesens und kam dann auf die Handfeuerlöschapparate zu sprechen. An Hand von anschaulichen Zeichnungen erläuterte Referent die verschiedenen Systeme, dabei ihre Vorteile und Nachteile beleuchtend. Alsdann machte er die Versammlung insbesondere mit dem Handlöschapparat „Protektor" bekannt, einem äußerst einfachen Apparat, um Entstehungsbrände im Keime zu ersticken. Die Ablöschung erfolgt mittels Feuerlöschpulvers. Herr Modersohn dankte dem Referenten für seine lehrreichen Ausführungen. — Zum Schluß der Verhandlungen gedachte die Versammlung der im letzten Jahre verstorbenen Kameraden durch Erheben von den Plätzen. — Herr Holtmann-Kamen dankte noch allen herzlichst für das zahlreiche Erscheinen in der Stadt Kamen. — Im Anschluß an die Versammlung sollten auf dem Turnplatz am Nordentor praktische Vorführungen des Feuerlöschapparates „Protektor" stattfinden, jedoch mußten wegen vorgerückter Zeit die auswärtigen Versammlungsteilnehmer abrücken.

Kamen, 8. Juli. **(Verschiedenes.)** Wie verlautet, ist **als Stichtag für die kommende große Vermögensabgabe** der 1. Dezember 1919 in Aussicht genommen. In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß es unmöglich sein wird, in der Sommertagung der Nationalversammlung alle Steuervorlagen durch die drei Lesungen hindurchzubringen.

Ueber Kamen ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Die vollziehende Gewalt ist auf den Kommandierenden General übergegangen. Die Exekutive ist dem Reichswehrbrigadeführer von Bergmann übertragen worden.

Der Bürger-Verein hält Donnerstag abend bei Bergheim eine Versammlung ab, in der der Direktor der Stadtbibliothek Dortmund Herr Dr. Schulz über „Kultur-Aufgaben der Städte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte Kamens sprechen wird.

Der gestrige Wochenmarkt brachte den Hausfrauen eine arge Enttäuschung. Infolge der Unruhen in letzter Woche zogen es die Händler vor, mit ihren Waren nicht zu erscheinen, vorausgesetzt, daß sie nach der Plünderung überhaupt noch eingekauft haben. Als die Hausfrauen dann mit Korb und Tasche zum Markte wanderten, mußten sie die Wahrnehmung machen, daß sich nur einige wenige Frauen vom Lande einfanden, die nur Salat, Kohlrabi und vielleicht etwas anderes Grünzeug zum Kauf anzubieten hatten. Alles andere war eben nicht da. Das sind die Folgen der Plünderungen, die sich nach mancher Seite hin noch unangenehm zeigen werden.

Zu den Ausschreitungen ist noch nachzutragen, daß eine große Zahl derjenigen, die unrecht Gut erwarben, sich jetzt dieses Gutes in der einen oder anderen Form entledigen. So wurden in vorletzter Nacht über das Tor des Warenhauses Eisenstädt zwei Pakete geworfen, die gestohlene Waren enthielten. In nahegelegenen Bäumen hingen Teile von acht Anzügen. Weiter wurde in einer hiesigen Kirche ein Paket mit Beutewaren niedergelegt.

Heeren-Werve, 8. Juli. **(Spartakistenputsch verhindert.)** Auch unser Ort war nahe daran, daß unsere Geschäftsleute, über die wir uns im großen ganzen wegen Preiswuchers wohl nicht beklagen können, lichtscheuem Gesindel in die Hände gefallen wären. Bis zum 4. Juli, wo sich der Mob in manchen Orten schon ausgetobt hatte, ging hier alles ruhig ab. Aber gegen 10 Uhr abends wurde es etwas lebhafter, 8 Matrosen erschienen aus der Richtung von Altenbrögge mit Fahrrädern, auf denen an dem Vorderteil große Gestelle mit Kästen angebracht waren, worin zweifellos die zu ergatternde Beute untergebracht wern sollte. Sie waren wohl gekommen, unsere friedliche Bevölkerung aufzuhetzen und zu Lebensmittelunruhen und Plünderungen anzufachen und daraus selbst den Nutzen zu ziehen. Durch das schnelle Eingreifen der hiesigen Sicherheitswehr, unter ihrem bewährten Führer, dem Polizei-Wachtmeister Gosewinkel, wurde das Feuer schon im Entstehen erstickt. Die Bevölkerung war besonnen und anständig und zeigte keine Lust für Putsche dieser Art, sodaß diesen traurigen Seehelden nichts übrig blieb, als sich eilig aus dem Staube zu machen. Liegt nicht auch hier wieder der klarste Beweis dafür, daß es immer nur das auswärtige Gesindel ist, das Unfrieden und Zerfahrenheit in die Reihen der friedlichen Bürger sendet, diese als Mittel für seine politischen Tendenzen gebrauchen will und sobald Gefahr im Verzuge ist, Fersengeld gibt und seine Opfer dem Schicksal überläßt?

Heeren, 8. Juli. **(Betriebsstörung.)** Als Freitag abend um 11 Uhr im Schacht 2 bei Heeren die Nachtschicht einfahren wollte, entstand auf bisher unaufgeklärte Weise eine Betriebsstörung, sodaß der Korb mit 25 Mann Insassen nicht ganz einfahren konnte. Die in dem Korb befindlichen Bergleute konnten die Grube durch Schacht 1 verlassen. Im übrigen ist noch nicht vorauszusehen, wann der geregelte Betrieb wieder aufgenommen werden kann.

Heeren-Werve, 8. Juli. **(Lederdiebstahl.)** Den Kriegsdienst nur zu seinen Gunsten ausgenutzt hat ein hiesiger Anwohner, der sich im Jahre 1918, während er als Soldat zu einem Lederwerk abkommandiert war, eine große Menge Häute, die zur Herstellung von Schäften für Fußbekleidung dienen sollten, rechtswidrig anzueignen und diese in seine Wohnung nach Heeren-Werve zu schaffen gewußt hat. Bei einer Haussuchung wurden noch 25 kleine Häute und außerdem noch anderes Kriegsgerät zutage gefördert und beschlagnahmt.

Dortmund, 7. Juli. **(Verschiedenes.)** Die Anzahl der von der Polizei verhafteten Personen ist so groß, daß die hiesigen Gefängnisse nicht ausreichen, sie alle unterzubringen. Bisher sind über 150 festgenommen worden. Die Herbeischaffung der geraubten Waren wird fortgesetzt, indem die in Frage kommenden Straßen und Wohnungen durchsucht werden. Gestorben sind bis jetzt infolge der bei den Krawallen erlittenen Verletzungen sechs Personen. Außerdem hat sich einer der Ruhestörer im Gefängnis erhängt. — Bei einer am 3. d. M. abends auf dem Hauptbahnhof vorgenommenen Revision der Eisenbahnzüge wurden sechs Schwerverbrecher festgenommen, die in Hamm während der dortigen Unruhen von dem Pöbel aus dem Gefängnis befreit worden waren. — Im Stadtteil Dorstfeld wurde von Schweinedieben, die von den Bestohlenen verfolgt wurden, nachts ein Wächter des Unionwerkes, der sich den Flüchtlingen entgegenstellte, erschossen.

** **Herne**, 7. Juli. **(Tod durch Verschüttung.)** Auf der Zeche „Julia" wurden beim Zubruchegehen eines Schüttelrutschenbetriebes 3 Bergleute (Karl Rodegro, Max Kasperski und Wilhelm Baumgart) von hereinbrechenden Gesteinsmassen verschüttet. Baumgart wurde schwer verletzt, die beiden anderen konnten nur als Leichen geborgen werden.

(W) **Essen**, 7. Juli. **(Die neuen Kohlenpreise.)** Die Versammlung der Zechenbesitzer beschloß auf Grund der vom Reichswirtschaftsministerium festgesetzten Höchstpreise, die Richtpreise wie folgt gegen die Maipreise zu erhöhen: Steinkohlen allgemein um 6,00 Mark, Nußkohlen 6,70 Mark, geringwertige um 1,70 Mark, Koks allgemein um 8,50 Mark, Brechkoks bis um 10,20 Mark einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer, gültig ab 16. 7. cr., Briketts um 2,45 Mark ab 1. 6., um 7,35 Mark ab 16. 6., um 9,10 Mark ab 1. 7. Die stufenweise Erhöhung der Brikettpreise wurde infolge von Pechpreiserhöhungen und einer irrtümlichen und deshalb wieder aufgehobenen Festsetzung des Briketpreises nötig. Die Versammlung beschloß ferner, von diesen Erhöhungen 2 Mark die Tonne den Ausgleichfonds zuzuführen, denen mithin einschließlich des früher beschlossenen Betrages 12 Mark die Tonne zufließen.

** **Langenfeld** (Bez. Solingen), 7. Juli. **(Blitzschlag in das Munitionslager.)** Bei einem Gewitter schlug der Blitz in das hiesige Munitionslager der englischen Besatzungstruppen ein. 8 englische Soldaten fanden dabei ihren Tod.

(W) **Bebra**, 7. Juli. **(Brand der Bebraer Güterhalle.)** Seit gestern 5 Uhr nachmittags brennt die einige 100 Meter lange Güterhalle des Haupteisenbahnknotenpunktes Bebra lichterloh, mit ihr mehr als 100 Eisenbahnwaggons. Fortgesetzt explodieren feuergefährliche Güter, wie Benzin und dergl. Der ungünstige Wind treibt das Feuer dem Personenbahnhof zu und gefährdet auch diesen. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Grosse Betriebseinstellung infolge Kohlenmangels.

Berlin, 7. Juni. Die dem Siemenskonzern angehörende Firma Siemens & Co. in Berlin-Lichtenberg, die sich vorwiegend mit der Anfertigung von Elektroden beschäftigt, legt infolge Kohlenmangels ihren Betrieb still und kündigt ihrer ganzen Belegschaft, bestehend aus 1500 Arbeitern und Arbeiterinnen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

Sport.

Kamen, 8. Juli. Die 3. Mannschaft des Allgemeinen Turnvereins Unna traf sich in einem Fußballwettspiel am Sonntag mit der 3. Mannschaft des Spielvereins Kamen. Unna blieb Sieger mit 6 zu 1 Tor.

Bekanntmachung.

Für sämtliche Bezirke, über welche bis heute der Belagerungszustand verhängt ist, treten die nachfolgend abgedruckten Verordnungen vom 26. 4. 19, 17. 5. 19 und 23. 5. 19 in Kraft:

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 und des Reichsgesetzes vom 11. 12. 1915 verbiete ich für die Bezirke, über welche der Belagerungszustand verhängt ist, im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

1. jede Bedrohung von Angehörigen der Regierungstruppen und deren Mitgliedern; insbesondere den Druck und die Verbreitung von Flugblättern und Zeitungsartikeln, in welchen gegen die Regierungstruppen aufgereizt wird (Verordnung vom 26. 4. 19);
2. die Drucklegung, den Vertrieb und jegliche Verbreitung sämtlicher Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate kommunistischer, spartakistischer oder bolschewistischer Richtung, namentlich des „Spartakus", der „Freiheit", des „Galgen" (Verordnung vom 23. 5. 19);
3. Verboten ist der unbefugte Besitz oder die unbefugte Aufbewahrung von Waffen. Als Besitzer gilt auch derjenige, bei dem oder auf dessen Grundstück sich Waffen mit seinem Einverständnis oder mit seinem Wissen befinden (Verordnung vom 17. 5. 19).

Zuwiderhandlungen werden, sofern nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Münster, den 21. Juni 1919.

Der kommandierende General:
Frhr. von Watter,
Generalleutnant.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Kamen, den 5. Juli 1919.

Die Polizei-Verwaltung:
Dr. Wiesner.

Bekanntmachung.

Auf Befehl des Kommandierenden Generals des 7. Armeekorps, Exzellenz Freiherrn von Watter, wird über Kamen und Wiescherhöfen der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Die vollziehende Gewalt geht auf den Kommandierenden General über. Die Exekutive ist mir übertragen. Die Verfügung des Generalkommandos, Abt. III Nr. 527 vom 21. 6. 1919, abgeändert durch die Verfügung des Generalkommandos, Abt. III Nr. 566 vom 26. 6., tritt für beide Orte in Kraft.

gez. v. Bergmann,
Reichswehrbrigade 7 I N. 1451.

Veröffentlicht und in Kraft getreten mit dem heutigen Tage.

Hamm (Westf.), den 6. Juli 1919.

Der Landrat: Schulze-Pelkum.

Veröffentlicht!

Kamen, den 7. Juli 1919.

Die Polizei-Verwaltung:
Dr. Wiesner.

Bekanntmachung.

Der Platz an der evangelischen Kirche, bisher als Am Kirchhof, Kirchhof oder Kirchplatz bezeichnet, trägt fortan die Benennung Kirchplatz, welches hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird. 2709

Kamen, 4. Juli 1919.

Die Polizei-Verwaltung:
gez. Dr. Wiesner.

Der Plan über die Herstellung unterirdischer Telegraphenlinien in der Gemeindestraße in Bergkamen und in der Kreisstraße Kamen—Heeren liegt bei dem Postamt in Kamen (Kr. Hamm) von heute ab vier Wochen aus.

2682 Ober-Postdirektion Dortmund.

Bekanntmachung

über Errichtung der Müllerzwangsinnung für den Stadt- und Landkreis Hamm.

Nachdem bei der Abstimmung sich die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden für die Einführung des Beitrittszwanges erklärt hat, ordne ich hiermit an, daß zum 1. Juli 1919 eine Zwangsinnung für das Müllerhandwerk im Bezirke des Stadt- und Landkreises Hamm mit dem Sitze in Unna und d Namen „Zwangsinnung für das Müllerwerk" errichtet werde.

Von dem genannten Zeitpunkte ab gehören alle Gewerbetreibenden, welche das Müllerhandwerk betreiben (und in der Regel Gesellen oder Lehrlinge beschäftigen), dieser Innung an.

Arnsberg, den 21. Juni 1919.

Der Regierungs-Präsident.

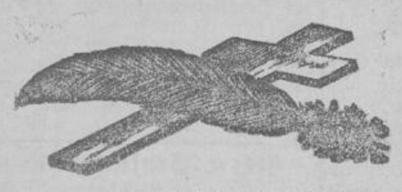
Veröffentlicht! 2696

Vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an gerechnet können etwaige Beschwerden bei mir eingereicht werden.

Hamm (Westf.), den 1. Juli 1919.

Der Landrat: Schulze-Pelkum.

Sisapa-Rohr-Sisapa
Stuhlrohr
Flechtrohr, Wickelrohr, 1½, 2, 2½, 3, 4, 5, 6 bis 15 mm breit. Preis per Kilo Mk. 30.— gegen Nachnahme. Sofort lieferbar. Vielfach bewährt.
Alleinverkauf für den Reg.-Bezirk Arnsberg und die Kreise Borken, Ahaus und Recklinghausen. 269
Käte Kayser, Elberfeld, Ernststraße 19.
Telegramm-Adresse: Rohrkayser, Fernsprecher 626



Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Das man vom Liebsten, was man hat,
Muss scheiden.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute mittag 1 Uhr meine liebe, unvergessliche Frau, meine herzensgute Tochter, unsere liebe Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin, Tante, Nichte und Cousine, die

Ehefrau Fritz Rudloff

Friederike geb. Lübbert

im blühenden Alter von 23 Jahren, nach 5monatiger glücklicher Ehe, zu sich in sein Reich zu nehmen.

Dieses zeigt schmerzerfüllt an

Fritz Rudloff nebst Angehörigen.

Rünthe und Kamen, den 5. Juli 1919. 2700

Die Beerdigung findet Dienstag, den 8. Juli, nachmittags 5 Uhr, vom Sterbehause, Rünthe, Barbarastrasse 155, aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner unvergeßlichen Frau und unserer guten Mutter, und für die überaus reichen Kranzspenden sprechen wir allen, besonders Herrn Pastor Ewald für seine trostreichen Worte am Grabe unsern tiefgefühlten Dank aus.

Südkamen, den 7. Juli 1919. 2704

Familie Heinrich Knepper.

Bekanntmachung

betr. Vertrags- und Höchstpreise für inländisches Frühgemüse der Ernte 1919.

Auf Grund der §§ 5 und 7 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (Reichs-Gesetzblatt 307) und der von der Reichsstelle für Gemüse und Obst erteilten Ermächtigung wird bestimmt:

Die Verordnung der unterzeichneten Stelle über inländisches Frühgemüse der Ernte 1918 vom 4. Mai 1918 gilt auch für das Wirtschaftsjahr 1919. Das unter Ziffer V abgedruckte Preisverzeichnis wird jedoch abgeändert. Es erhält die nachstehende Fassung. Für die darin aufgeführten Gemüsearten ist der Erzeugerpreis in Spalte 1, der Großhandelspreis in Spalte 2 und der Kleinhandelspreis in Spalte 3 abgedruckt.

Für nicht im Verzeichnis aufgeführte Gemüsearten sind für dieses Jahr Preise nicht festgesetzt.

Gemüseart	Pfennig je Pfund 1	2	3
Erbsen	40	55	69
Grüne (Stangen-, Busch-) Bohnen	35	50	62
Wachs- und Perlbohnen	45	60	76
Puff-(Sau-)Bohnen	20	30	39
Rote Möhren aller Art einschließlich der kleinen runden Karotten mit Kraut	16	22	30
— der Versand von Möhren mit Kraut mit der Eisenbahn ist verboten —			
ohne Kraut	26	36	45
Frühkohlrabi	30	38	48
Frühweißkohl, -Wirsing und -Rotkohl	23	32	40
Frühzwiebeln	30	40	50

Herford, den 20. Juni 1919.

Westfälische Provinzialstelle für Gemüse und Obst.
v. Borries.

Veröffentlicht.

Hamm (Westf.), den 30. Juni 1919.

Der Landrat. J. V.: v. Winterfeld.

Zum Einholen von Versicherungsbeiträgen wird für Kamen, Altenbögge und Umgebung ein

junger Mann

im Alter von 25—35 Jahren, welcher Sicherheitsstellen kann u. Radfahrer sein muß, sof. gegen festes Gehalt und Nebenbezüge gesucht. 2705

Selbstgeschriebene Offerten sind bei der Geschäftsstelle dieser Zeitung unter Nr. K. M. 300 niederzulegen.

Anzeigen aller Art
inseriert man erfolgreich in der
Kamener Zeitung.

Schwein

zu verkaufen. 2688
Schönhausen,
Hoeterstraße 4.

Geld

in jeder Höhe gegen monatliche Ratenzahlung erhalten Leute jeden Standes durch **E. Wand, Hamm** (Westf.) Ostkraße 49. 2653

Warne hiermit jeden vor unwahren Aussagen über mich, da ich sonst gerichtlich vorgehen werde. 2706

Frau
Wilhelm Rennert.



Samstag mittag starb durch Unglücksfall unser langjähriges Mitglied und Gründer des Vereins

Hermann Renner

im 42. Lebensjahre.

Wir verlieren in ihm einen aufrichtigen und getreuen Mitspieler und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Der Vorstand
des Musiker-Vereins zu Kamen.

Kamen, den 5. Juli 1919. 2690

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Mutter, sowie für die vielen Kranzspenden und besonders für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Ewald sagen wir unsern herzlichsten Dank.

Geschwister Schenkmann.

Kamen, 4. Juli 1919.

2701



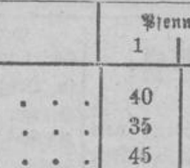
Kotten-Verkauf.

Herr **Friedr. König Nordbögge** läßt am **Donnerstag, den 10. Juli, nachm. 4 Uhr** seine in Nordbögge, 10 Minuten vom Bahnhof belegene 2687

Besitzung

bestehend aus **Wohnhaus mit Anbau, Backhaus, Stallung, Garten, schönem Obsthof** und **zirka 4 Morgen Ackerland und Weide** mit totem und lebendem Inventar an Ort und Stelle zum Verkauf aussetzen.

Bönen, Mitk.



Haus

mit größeren Werkstatt- oder Fabrikräumen

per 1. Oktober oder früher zu mieten oder zu kaufen gesucht. 2677

Gefl. Angebote unter **2677** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Städtischer Arbeitsnachweis

Kamen, im Rathause, Eingang Kirchstraße.
Vermittelung erfolgt für beide Teile kostenlos

Folgende freie Stellen sind zu besetzen:	Folgende Stellenlose suchen Stellung als:
1 Packer (18 Jahre, für Fabrikbetrieb)	2 Metzger
2 Maurer	5 Bäcker 2702
1 Lehrling (Wagenlackierer)	1 Dekorateur
1 Knecht	2 Kleinbahnarbeiter
12 Dienstmädchen (davon 8 auswärts, 5 Landw.)	1 Handlungsgehilfe
	1 Kraftfahrer (für Lastwagen)
	2 Schlosserlehrlinge
	1 Bürogehilfin
	1 Verkäuferin (Kolon.-Geschäft).
	1 Dienstmädchen (jugendl.)

Tüchtige
Verkäuferin

sofort gesucht. 2674
Lorig, Weststraße 26.

Junges, braves, ehrliches 2668
Mädchen

welches Lust hat, eine Stellung in Elberfeld anzunehmen, kann sich melden bei
Schön, Bergkamen,
Hoeterstraße Nr. 2.
Gute Behandlung u. gute Verpflegung wird zugesichert.

Suche zu August oder September nach Lüdenscheid ein zuverlässiges, sauberes 2661
Mädchen
für kleinen Haushalt (zwei Personen).
Ferner ein kräftiges, sauberes
Halbtagsmädchen
für meinen Haushalt zum 1. August.
Meldungen an
Frau Jellinghaus sen.,
Schlachthofstraße 26.

Für kleinen Haushalt ein ordentliches
Mädchen

gesucht nicht unter 18 Jahren per sofort oder 15. Juli 1919. 2673
Zu erfr. in der Geschst.

Ein ordentliches 2703
Dienstmädchen

kann Stellung erhalten.
Haake,
Südkamen.

Jüngeres, ordentliches
Dienstmädchen

gesucht. 2689
Näheres in der Geschäftsstelle d. Zeitung.

Suche für meine Tochter, 15 Jahre alt,
Stellung 2664

in besserem Hause.
Zu erfr. in d. Geschst.

Sämtliche Hut-, Stock-, Schirm- und Pfeifenreparaturen sind fertig u. müssen sofort abgeholt werden.
W. Meckfessel, Kamen.

Wohnung

4—5 Räume in Kamen von Lehrerwitwe per Oktober oder früher zu mieten gesucht.
Zu erfr. in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung. 2659

2658
Warnung!

Habe in meinem Garten
Gift gelegt,
warne hiermit alle, die Hühner fest zu halten
G. Wiese,
Breiten b. Methler 107.

Kur-Theater Bad Königsborn.
Mittwoch, den 9. Juli: 1512
„Der Zigeunerbaron"
Anfang 7 Uhr.
In der Hauptrolle: Frl. Minkler vom Stadttheater Münster.
Freitag, den 11. Juli:
„Wo die Liebe hinfällt"
In der Hauptrolle: Else Brand-Benne und Julius Benne.

Moderner Tanzzirkel.

Eröffne für bessere Stände am **Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr,** im **Hotel Monopol, Kamen,** Bahnhof, einen

Tanzzirkel

für moderne Tänze
(nur für Fortgeschrittene).

Es werden in vollendeter Ausführung folgende Tänze gelehrt:
Figuren-Boston, Rag-Time, Fox-Trott Maxime, One-Step, Two-Step, Tango usw.

Persönliche Anmeldungen im Hotel Monopol am
Dienstag und Mittwoch, abends von 7—9 Uhr.

Walter Cohn,
Dortmund.
2642

Große Lebens-Vers.-Gesellschaft mit allen Branchen sucht tüchtige 2666
Haupt-Vertreter

sowie einige **Inspektoren** für Platz und Reise. Hohe Bezüge, sowie festen Zuschuß. Nichtfachleute werden eingearbeitet. Schriftl. Angeb. unter **E. 1514 a. d. Annoncen-Exped. A. Crisand, Dortmund,** erbeten.

Verbilligte Lebensmittel.

Das Reichsministerium hat in seiner gestrigen Sitzung die Regelung der Verbilligung der Lebensmittelpreise für ausländische Zufuhren endgültig festgesetzt. Zu den Verkaufspreisen, welche die Reichsstellen künftig in Rechnung stellen sollen, sind die Verteilungskosten der Kommunalverbände hinzuzurechnen. Die Verkaufspreise werden sich hiernach für das Pfund je nach den Unkosten des einzelnen Kommunalverbandes etwa wie folgt stellen:

Amerikanisches Backmehl, von dem auch fernerhin 250 Gramm die Woche verteilt werden sollen, 80 bis 85 Pfg. statt bisher 2,20 bis 2,50 Mark.

Reis, der abwechselnd mit Hülsenfrüchten mit ¼ Pfund pro Kopf und Woche zur Verteilung gelangen soll, etwa 2,00 bis 2,20 Mk. statt bisher über 3,00 Mark.

Hülsenfrüchte etwa 1,10 bis 1,30 statt 2,20 Mark.

Ausländisches Fleisch, soweit dies infolge Mangels an inländischem Fleisch auf Rationen verteilt werden muß, 4,50 Mark bis 5,00 Mark, während bekanntlich zuletzt in Berlin 11,00 Mark für das Pfund gezahlt werden mußte.

Amerikanischer Speck, 125 Gramm je Kopf und Woche, 4,00 Mk. bis 4,50 Mk. statt bisher 7,00 Mark bis 8,00 Mark.

Ausländisches Speisefett, 50 Gr. je Kopf und Woche, 5,00 Mk. bis 5,50 Mk. statt bisher 6,00 Mark bis 7,00 Mark.

Ausländische Kartoffeln sollen, soweit verbilligt werden, daß die Preise für die Inlandskartoffeln nicht überschritten zu werden brauchen.

Nach überschläglicher Berechnung wird der Gesamtbetrag der Verbilligung, wie bereits mitgeteilt, über 1½ Milliarden betragen. Er soll zu gleichen Teilen auf Reich, Freistaaten und Kommunalverbände übernommen werden. Daß die Freistaaten und Kommunalverbände bei diesem großen Opfer des Reiches sich in dieser Weise beteiligen werden, kann vorausgesetzt werden, nachdem der preußische Finanzminister sich bereits mit dieser Regelung einverstanden erklärt hat. Die Maßnahme soll in aller Schnelligkeit durchgeführt, auch soll dafür Sorge getragen werden, daß die Zuschläge der Kommunalverbände keinesfalls über die wirklich entstehenden Unkosten hinausgehen.

Vorstehende Pressenotiz veröffentliche ich mit dem Bemerken, daß die Verbilligung, die sich nur auf die im Rahmen der zuständigen Rationen auszugebenden Auslandslebensmittel bezieht, mit dem 7. Juli in Kraft tritt. Die Richtlinien für die von den Kommunalverbänden zu erhebenden Zuschläge sind von dem Reichsernährungsministerium noch nicht mitgeteilt, die Kleinhandelspreisbemessung wird von den Kommunalverbänden aber im Sinne der Pressenotiz durchgeführt werden, ohne die Richtlinien des Reichsernährungsministeriums abzuwarten.

Hamm (Westf.), den 6. Juli 1919.

Der Landrat: Schulze-Pelkum.